

Gegenstimmen — attac  lädt ein

Der verkaufte Planet

Die Biosphäre in der Globalisierungsfalle

Materialien zu der Veranstaltung mit
Prof. Dr. Mohssen Massarrat
Dr. Wolfgang Sachs
Moderation: Franziska Wolff
22. November 2002, Grips Theater



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem GRIPS Theater



Inhalt

Fabian Scheidler <i>Eine Wirtschaft die arm macht</i>	2
Wolfgang Sachs <i>Wie zukunftsfähig ist Globalisierung?</i>	4
Mohssen Massarrat <i>Das Dilemma der ökologischen Steuerreform</i>	8
Walden Bello <i>Was ist Globalisierung?</i>	11
The International Forum on Globalization (IFG) <i>Zehn Prinzipien für demokratische und nachhaltige Gesellschaften</i>	14

Eine Wirtschaft, die arm macht

Von Fabian Scheidler¹

Eine aktuelle Studie international führender Klimaforscher rechnet vor, dass in den nächsten 80 Jahren allein die Folgen des Klimawandels Hunderte von Millionen von Menschen existentiell durch Hunger, Wassermangel, Krankheiten und Überschwemmungen bedrohen werden, wenn es nicht gelingt, die Treibhausgas-Emissionen in den nächsten Jahrzehnten radikal zu senken.²

Die Studie führt die Dimensionen der ökologischen Herausforderung vor Augen. Und sie deutet auf einen Zusammenhang hin, der in vielen Ländern der Welt längst greifbare Realität ist: Dass nämlich Umweltzerstörung arm macht. Dieser Zusammenhang wird indes nicht nur allzu oft übersehen, sondern meistens vollkommen auf den Kopf gestellt: Umweltschutz wird in der Regel als ein Hemmnis der wirtschaftlichen „Entwicklung“ angesehen. Diese Sichtweise prägt auch die internationalen Verhandlungen über Nachhaltigkeit seit Rio. Regierungen sowohl des Nordens als auch des Südens sträuben sich gegen einschneidende Emissionsbegrenzungen und andere Schutzmaßnahmen, weil sie fürchten, das Wirtschaftswachstum ihres Landes damit zu bremsen.

Diese Sichtweise gründet in einer Auffassung von „Entwicklung“, die Wohlstand primär über Geld definiert: Um Wohlstand zu mehren, müssen wir das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das heißt die Menge der Geldströme, steigern. Wenn wir Urwälder abholzen, Fischgründe leer fischen, Flächen versiegeln, Benzin verbrennen, dann fließt viel Geld – und doch werden wir dabei, global und langfristig gesehen, immer ärmer.

Wirtschaftswachstum kann mit einer Verbesserung der materiellen Lebensqualität verbunden sein (wie etwa im Deutschland der Nachkriegszeit), es kann aber auch das Gegenteil der Fall sein. Und das Gegenteil ist mit der zunehmenden Zerstörung der Lebensgrundlagen (die alle als Gewinn im BIP verbucht werden) für immer mehr Menschen der Fall – von den anderen Lebewesen auf diesem Planeten ganz zu schweigen.. Das gilt nicht nur für den Klimawandel sondern auch für die fortschreitende Degradation der Böden, das Schwinden der Wälder, die Überfischung der Ozeane und den Verlust biologischer Vielfalt.

Ein wesentlicher Faktor der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist auch die gegenwärtige Ausweitung des Welthandels. Die Befürworter der Liberalisierung preisen den Freihandel noch immer als Königsweg zur Mehrung des Wohlstandes in der Welt und zur Bekämpfung der Armut. Dahinter steht die klassische Gleichung: Wachstum gleich Wohlstand. Doch die Realität sieht anders aus. Nicht nur entstehen durch den Ressourcenverbrauch des wachsenden weltweiten Güterverkehrs enorme ökologische Kosten. Viele Länder des Südens sind auch durch Schuldenberge, die sie in De-

¹ Initiator und Koordinator der Veranstaltungsreihe „Gegenstimmen - attac lädt ein“, Berlin

² Martin Parry et.al.: *Millions at risk*. Download unter: www.jei.uea.ac.uk

visen abtragen müssen, gezwungen, ihre Produktion einseitig auf den Export von Agrarprodukten und Rohstoffen auszurichten, was oft genug zu einer Plünderung der eigenen Naturschätze geführt hat und führt. Das auf diese Weise entstehende Überangebot auf dem Weltmarkt lässt die Preise fallen, wodurch sich die Geschwindigkeit des Raubbaus weiter erhöht und die Armut in den betreffenden Ländern wächst.

Wenn wir also die weitere Spiralbewegung in Richtung Armut und Naturzerstörung bremsen wollen, dann brauchen wir ein anderes Welthandelssystem und grundsätzlich andere Begriffe von Wohlstand und Entwicklung, Begriffe, die dem falschen Widerspruch zwischen menschlichen Bedürfnissen und Ökologie entkommen. Dazu gibt es längst greifbare Ansätze. So existieren inzwischen eine ganze Reihe von Wohlstandsindikatoren, die Naturschäden tatsächlich als Minus und nicht wie bisher als Plus in die Bilanz aufnehmen, und Wohlstand nicht nur über monetäre Faktoren definieren.³ Würden sie konsequent angewandt, ergäben sich daraus vollkommen andere wirtschaftspolitische Zielsetzungen. Wir sollten also erst einmal den Kompass reparieren, bevor wir ihm weiter in die Wüste folgen.

Auch gegenüber dem blinden Freihandel werden immer deutlicher Alternativen formuliert. So wird z.B. seit dem Weltsozialforum in Porto Alegre unter dem Stichwort „Deglobalisierung“ eine Re-Regionalisierung der Produktionskreisläufe diskutiert. Dazu haben wir in diesen Reader zwei Texte aufgenommen: Zum einen „Was ist Deglobalisierung?“ von Walden Bello; zum anderen die „Zehn Prinzipien für demokratische und nachhaltige Gesellschaften“ aus dem jüngsten Bericht des International Forum on Globalization.⁴

In den Zusammenhang des Deglobalisierungs-Konzeptes gehören auch einige der Ansätze von Wolfgang Sachs, die er zusammen mit einem internationalen Team im „Jo'burg Memo“ formuliert hat: Um globale Gerechtigkeit mit ökologischer Zukunftsfähigkeit zu vereinen, gelte es zum einen, die Rechte lokaler Bevölkerungen auf ihr Land zu stärken, auf ihren Lebensraum und darauf, über ihre Art zu leben und zu wirtschaften in demokratischer Weise selbst zu bestimmen. Zum anderen sei eine massive Reduzierung des Ressourcenhungers der Länder des Nordens unausweichlich, die weit mehr Natur und damit Lebensraum auf der Welt verschlingen, als ihnen unter den Prämissen der Gerechtigkeit und der Zukunftsfähigkeit zustehen.⁵

Die notwendige Verringerung des Ressourcenverbrauchs im Norden könnte indes auch massive Probleme für einige Länder des Südens mit sich bringen, deren Volkswirtschaften stark vom Rohstoffexport abhängig sind. Auf diese Schwierigkeit hat Mohssen Massarrat in einigen seiner Arbeiten aufmerksam gemacht. Er schlägt daher für den Bereich der fossilen Energieträger ein System nationaler und internationaler Mengenregulierung vor, durch die das gegenwärtige Dumping gestoppt würde und den rohstoffexportierenden Ländern auch bei sinkenden Fördermengen noch stabile Einnahmen verblieben. Damit hätten diese Länder Zeit, ihre Volkswirtschaften langsam auf nachhaltige Wirtschaftsformen umzustellen.⁶

Eine solche Perspektive indes kollidiert – ebenso wie das Konzept der Deglobalisierung – mit den Interessen derjenigen, die von der gegenwärtigen Schieflage der Welt profitieren und die nach wie vor den Ton in internationalen Organisationen wie der WTO, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank angeben. Eine Wende zu Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit wird nur möglich sein, wenn wachsende Bevölkerungsteile sich aktiv dafür einsetzen.

³ s.a.: W. van Dieren (Hg.): *Mit der Natur rechnen. Bericht an den Club of Rome*. Basel 1995

⁴ International Forum on Globalization *Alternatives to Economic Globalization*. Download: www.ifg.org deutsche Übersetzung siehe nachfolgender Artikel

⁵ *Jo'burg Memo. Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung*. Download: www.joburgmemo.de

⁶ Mohssen Massarrat: *Das Dilemma der ökologischen Steuerreform*, Marburg 2000



Wie zukunftsfähig ist Globalisierung? (Auszüge)⁷

Von Wolfgang Sachs⁸

Symbole sind umso mächtiger, je mehr Bedeutungen sie in sich aufnehmen können. Sie leben geradezu von Ambivalenz. Das Kreuz Christi zum Beispiel konnte sowohl als Triumphzeichen für Eroberer wie auch als Hoffnungszeichen für Unterworfenen gelten. Es war seine Ambivalenz, welche es über alle Parteien hinaushob; Eindeutigkeit in seiner Botschaft hätte es zum Spalter- und nicht zum Einheitssymbol gemacht. Ganz ähnlich das Bild vom blauen Planeten. Es ist zum unbestrittenen Symbol unseres Zeitalters aufgestiegen: keiner ficht es an, weder die Linke noch die Rechte, weder Konservative noch Neoliberale. Was auch immer die Lager trennt, alle schmücken sich mit Vorliebe mit diesem Sinnbild unserer Epoche. Wer mit diesem Bild antritt, gibt kund, auf der Höhe der Zeit zu sein, weltläufig und zukunftsgerichtet, ganz Zeitgenosse, bereit zum Aufbruch ins nächste Jahrhundert. Auch in diesem Bild verdichten sich die gegensätzlichen Ambitionen unserer Epoche, auch dieses Bild wird von Truppen aus sich feindlichen Lagern wie ein Banner gehißt - und verdankt genau dieser Vieldeutigkeit seine Prominenz. Das Photo vom Globus enthält die Widersprüche der Globalisierung. Deshalb konnte es zur Allerweltsikone werden.

Begrenzung versus Entgrenzung

Kaum war das Bild verfügbar, Ende der 60er Jahre, hatte schon die internationale Umweltbewegung darin ihre Botschaft wiedererkannt. Denn nichts sticht auf dem Bild so deutlich hervor wie die kreisrunde Grenze, welche die leuchtende Erde vom dunklen All absetzt. Es schimmern im fahlen Licht die Wolken, die Meere und die Erdteile; wie eine heimelige Insel im lebensfeindlichen Universum erscheint die Erde dem Betrachter. Der Rand des Planeten wirkt wie eine physische Grenze, die alles Irdische in sich schließt, Kontinente, Ozeane und alle Lebewesen. Für die Umweltbewegung war die Botschaft klar: das Bild enthüllte die Erde in ihrer Endlichkeit. Das Kreisrund der Erde demonstriert augenfällig, daß die Umweltkosten des industriellen Fortschritts sich nicht auf ewig ins Nirgendwo verschieben lassen, sondern innerhalb eines geschlossenen Systems sich langsam zu einer Bedrohung für alle aufbauen. Offensichtlich ist die Externalisierung von Schadensfolgen letztendlich ein Ding der Unmöglichkeit. Für die Umweltschützer spricht das Bild von der ökologischen Begrenzung der Erde. Es enthält eine Art holistischer Botschaft: in einer endlichen Welt, wo alle von allem betroffen sind, ist wechselseitige Achtsamkeit, ist mehr Selbstreflexivität über die Folgen des eigenen Handelns gefordert. Und gewiß, die Botschaft war keinesfalls wirkungslos. Vom ahnungsvollen Appell einiger Minderheiten hat sich die Vorstellung vom Planeten als geschlossenem System bis zur völkerrechtlichen Anerkennung durch die Gemeinschaft der Staaten Geltung verschafft. Die internationalen Konventionen zu Ozon, Klima und Biodiversität belegen, daß die Wahrnehmung der bio-physischen Begrenzung des Planeten höchste politische Weihen erlangt hat.

Doch haben die Ökologen schon seit geraumer Zeit das Monopol auf ihr Bild verloren. Zum Beispiel waren auf einigen Flughäfen, in den endlosen Gängen zwischen Check-in und Ausgang, in den letzten Jahren Werbesäulen zu sehen, die in schlagender Weise ein anderes Verständnis von Globalisierung zum Ausdruck bringen. Sie zeigen den blauen Planeten, sich aus dem schwarz-blauen Hintergrund auf den Betrachter zuschiebend, und ein Schriftzug vermeldet lakonisch: "MasterCard. The World in Your Hands". Dem eiligen Passagier soll sich eine Mitteilung einprägen: wo immer er hinfliegt, überall auf dem weiten Globus, kann er auf den Service seiner Kreditkarte zählen und sich in

⁷ Wolfgang Sachs; Wie zukunftsfähig ist Globalisierung? Über ökonomische Entgrenzung und ökologische Begrenzung; Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 3; Berlin 2000; Download: www.boell.de/downloads/oeko/sachsglobal.pdf

⁸ ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender von Greenpeace Deutschland, Wissenschaftler am Wuppertal Institut (Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle). Koordinator des Jo'burg Memorandums zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung, Zahlreiche Buchveröffentlichungen



das erdumspannende Netz von Verbuchung und Abrechnung einklinken. Grenzenlos erstreckt sich das Reich der Kreditkarte, Kaufkraft an jedem Ort und Buchführung in Echtzeit; der Reisende, keine Sorge, wird überall vom Netz des elektronischen Geldtransfers sicher gehalten. So und in zahlreichen anderen Variationen ist das Bild vom Planeten seit den 80er Jahren zum Emblem transnationaler Wirtschaftstätigkeit geworden, kaum ein Unternehmen etwa der Telekommunikations- oder Tourismusbranche scheint darauf verzichten zu können, von der Nachrichtenindustrie ganz zu schweigen.

Wie war das möglich? Weil das Bild noch eine ganz andere Botschaft enthält. Denn das Rund der Grenze erzeugt, die Erde vom schwarzen All abhebend, einen zusammenhängenden und einheitlichen Erdenraum. Vor dessen physischer Tatsächlichkeit verschwinden politische Grenzen zwischen Nationen und Gemeinwesen, die Erde erscheint also als durchgängiger, grenzenfreier Raum. Daraus ergibt sich eine visuelle Botschaft: was zählt ist allenfalls der Rand der Erde, politische Grenzen aber zählen nicht. Sichtbar sind nur Ozeane, Kontinente und Inseln, keine Spur von Nationen, Kulturen und Gemeinwesen. Das Bild vom Planeten zeigt eine Welt ohne trennende Grenzen.

Distanzen messen sich auf dem Erdenbild ausschließlich in geografischen Einheiten von Kilometern, nicht in sozialen Einheiten von Nähe und Fremdheit. Überhaupt schauen Satellitenphotos aus wie renaturalisierte Landkarten; sie scheinen die alte Annahme der Kartographie zu bestätigen, daß Orte nichts weiter sind als Schnittpunkte von zwei Linien, der Longitude und der Latitude. Ganz im Gegensatz zu den Globen des 19. Jahrhunderts, die fein säuberlich politische Grenzen markieren und Staatsgebiete manchmal durch Farben gegeneinander abheben, lassen diese Photos jegliche soziale Realität hinter der Tatsächlichkeit der Erdmorphologie verschwinden. Die Welt wird da als durchgängig homogener Raum vorgestellt, der dem Transit keinerlei Widerstand bietet, allenfalls Widerstand geografischer Art, aber keinen, der von menschlichen Gemeinschaften, ihren Rechten, Gewohnheiten und Absichten, herrührt. Alle Punkte der dem Betrachter zugewandten Erdhälfte sind auf dem Bild gleichzeitig einsehbar; wo indes schon der Blick ubiquitär und simultan Zugang hat, da legt sich auch in der Realität der ungehinderte Zugang nach überallhin nahe. Das Planetenbild bietet die Welt als offenen Mobilitätsraum dar, es verspricht umfassende Zugänglichkeit in alle Richtungen und lädt ein, sich im Expansionsdrang durch nichts außer durch die Grenzen der Erde behindern zu lassen. Durchgängig, durchlässig und kontrollierbar, so entwirft das Photo die Welt. Im Bild steckt auch eine imperiale Botschaft.

So steht das Bild vom blauen Planeten zugleich für die Begrenzung wie für die Entgrenzung wirtschaftlicher Aktivität. Wie bei einem Vexierbild hängt die Bedeutung davon ab, auf welcher Gestalt das Auge des Betrachters sich konzentriert: während die Außengrenze die physische Endlichkeit der Erde hervorhebt, legt der zusammenhängende, durchgängige Binnenraum ihre politisch-soziale Entgrenzung nahe. Kein Wunder daher, daß das Bild sowohl Umweltverbänden wie transnationalen Unternehmen als Feldzeichen dienen kann. Es ist über alle weltanschaulichen Lager hinweg zum Symbol unserer Zeit aufgestiegen, weil es beide Seiten des Grundkonflikts anschaulich macht, der unserer Epoche durchzieht wie kein zweiter: während sich auf der einen Seite die ökologische Begrenzung der Erde abzeichnet, drängt auf der anderen Seite die Dynamik wirtschaftlicher Globalisierung auf die Entgrenzung aller politisch und kulturell gebundenen Räume (Altvater-Mahnkopf 1996). Alle beiden Narrative der Globalisierung, das von der Begrenzung wie das von der Entgrenzung, haben sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet; beide stehen freilich sowohl im Denken wie in der Politik in widerspruchsvoller Spannung zueinander. Wie dieser Konflikt ausgespielt wird, das wird dem anbrechenden Jahrhundert seine Gestalt geben.

. . . . (S. 33 ff)



Welche Globalisierung und wessen?

Globalisierung ist kein Monopol der Neoliberalen. Denn in die Transnationalisierung der sozialen Beziehungen sind die unterschiedlichsten Akteure mit den unterschiedlichsten Philosophien verwickelt. Und die Umweltschutzbewegung gehört zu den wichtigsten Agenten des globalen Denkens. Dementsprechend vermittelt auch jenes Symbol der Globalisierung, das Bild vom blauen Planeten, mehr als nur eine Botschaft. Der imperialen Botschaft von der Entgrenzung stand immer schon die holistische Botschaft von der Endlichkeit und Einheit des Planeten gegenüber. Angefangen vom Earth Day 1970, der von manchen Betrachtern als der Beginn der amerikanischen Umweltbewegung angesehen wird, bis hin zur Klimakonferenz der Vereinten Nationen 1997 in Kyoto zieht sich eine klare Linie. Damals, auf den Plätzen bei den Versammlungen zum ersten Earth Day, untermauerten Redner und Demonstranten ihre Forderung nach umfassendem Umweltschutz, indem sie auf Photos von der Erde zeigten, wie sie ein knappes Jahr zuvor vom Mond aus geschossen worden waren. Und fast dreißig Jahre später prangt das Emblem des Planeten auf der Stirnwand jenes Konferenzsaales, wo die Regierungen der Welt zum ersten Mal rechtlich bindende Verpflichtungen zur Begrenzung klimaschädlicher Emissionen eingegangen sind. Darüberhinaus erscheint in dem Bild die Erde als ein einheitlicher Naturkörper, der die Menschen und sonstige Lebewesen zu einem gemeinsamen Schicksal bestimmt. So globalisiert das Bild die Wahrnehmung der Natur wie auch die Wahrnehmung der menschlichen Geschichte; erst mit dem Bild wurde es möglich, im tatsächlichen Sinne von der „einen Erde“ und der „einen Welt“ zu sprechen. In der Tat, ohne das Photo von der Erde würde sowohl der Name des Umweltverbandes „Friends of the Earth“ wie auch der Titel des Brundtland-Reports, dem wichtigsten UN-Dokument zur Umwelt, „Our Common Future“, keinen rechten Sinn machen.

Aber die Wirkung des „blauen Planeten“ und seiner Botschaft von der Begrenzung geht noch tiefer: sie erzeugt eine Wahrnehmung, welche lokales Handeln in einen globalen Rahmen stellt. Denn das Bild zeigt die Grenze des äußersten Lebensraums eines jeden Betrachters. Weiß nicht jeder, daß er selbst, bei genügend großer Auflösung, auf dem Bild zu finden wäre? Denn das Subjekt des Betrachters läßt sich beim Blick auf die schwebende Erde nicht vom Objekt der Betrachtung trennen; bei kaum einem anderen Bild ist Selbstreferenz so unvermeidlich eingebaut. Diese visuelle Überblendung von globaler und individueller Existenz hat die kognitiven und moralischen Koordinaten der Eigenwahrnehmung verschoben: die Folgen einer Handlung, so legt das Bild nahe, können bis an die Grenzen der Erde reichen, und alle sind dafür verantwortlich. Mit einem Male sind etwa Autofahren oder Fleischkaufen mit dem Treibhauseffekt verbunden und auch die Spraydose oder die Flugreise stehen im Geruch globaler Grenzüberschreitung. „Global denken, lokal handeln“, dieser Wahlspruch der Umweltbewegung hat seinen Teil dazu beigetragen, den „global citizen“ zu schaffen, und zwar einen solchen, der die planetarische Grenze dort draußen in seinem Denken und Handeln verinnerlicht. Indem es so Planet und Subjekt in ein gemeinsames Drama spannt, gewinnt das Narrativ von der Begrenzung seine moralische Macht. So repräsentiert die ökologische Erfahrung ohne Zweifel eine Dimension der Globalisierungserfahrung, weil sie bei den Menschen die überkommene Vorstellung umstößt, in geschlossenen und gegeneinander abgrenzbaren Räumen von Nationalstaaten und -gesellschaften zu leben und zu handeln (Beck 1997, 44).

Indes muß die Umweltbewegung sich heute eingestehen, daß - wie vorläufig auch immer - die imperiale Botschaft gewonnen hat. Daß sich mittlerweile multinationale Konzerne, landauf, landab, fast vollständig des Bildes vom blauen Planeten bemächtigt haben, ist dafür nur ein Indiz. Das entgrenzende Denken, jene Wahrnehmung, welche die Welt als einen homogenen Raum begreift, der auf dem ganzen Erdenrund einsehbar und zugänglich zu sein hat, ist allenthalben zur Hegemonie gelangt. Imperial ist dieser Blick, weil er beansprucht, die Welt ungehindert zu durchmessen und nach Gutdünken in Beschlag zu nehmen, ganz als ob es keine Orte, keine Gemeinwesen und keine Nationen gäbe. Die Regelwerke des GATT, des NAFTA, und der WTO wurden aus dem Geiste der Entgrenzung geboren.



Sie kodifizieren die Welt als frei zugängliche Wirtschaftsarena, in der die ökonomische Logik das Recht auf Vorfahrt genießt. Die neu etablierten Regeln zielen darauf ab, im globalen Raum die transnationalen Wirtschaftsunternehmen als souveräne Subjekte auszurufen, losgelöst von Verpflichtungen gegenüber Regionen und Gemeinwesen. Daher wird jeglicher Protektionismus zugunsten von Staaten eliminiert - nur um ihn allerdings durch einen Protektionismus zugunsten von Konzernen zu ersetzen. Transnationale Zweckverbände können in diesem Sinne vielerlei Freiheits- und Schutzrechte beanspruchen, territoriale Gemeinwesen - von Bürgern oder Bürgerverbänden ganz zu schweigen - haben dahinter zurückzutreten.

Man wird im Rückblick auf das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts den Schluß nicht vermeiden können, daß Rio de Janeiro wohl für die Rhetorik taugte, Marrakesch hingegen in vollem Ernst implementiert wurde. Dabei steht Rio de Janeiro 1992 mit der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen für die lange Reihe internationaler Abkommen, besonders herausragend die internationalen Konventionen zu Klima und zu Biodiversität, mit denen Umweltregime geschaffen wurden, welche die Dynamik der Weltwirtschaft in ökologisch weniger schädliche Bahnen lenken sollten. Und Marrakesch steht für die Gründung der Welthandelsorganisation, nach dem Ende der Uruguay-Runde des GATT, und der wachsenden Bedeutung des Internationalen Währungsfonds als Schattenregierung für zahlreiche Länder. Damit wurden die Fundamente für ein Wirtschaftsregime gelegt, in dem transnationale Wirtschaftsakteure zur unregulierten Investitionstätigkeit auf dem Erdball ermächtigt werden. Beide transnationalen Regime, das Umweltregime und das Wirtschaftsregime, sind Versuche, der transnationalen Wirtschaftsgesellschaft eine politisch-rechtliche Verfassung zu geben; doch beide Regime stehen in beachtlichem Gegensatz zueinander. Dem Umweltregime geht es um den Schutz des Naturerbes, dem Wirtschaftsregime um das allgemeine Recht auf Aneignung dieses Erbes; während die Umweltabkommen auf dem Respekt vor Naturgrenzen aufbauen, suchen die Wirtschaftsabkommen das Recht auf freie wirtschaftliche Expansion zum Erfolg zu bringen. Paradoxe Weise setzen beide Regimefamilien obendrein auf unterschiedliche Systeme der Verantwortung und Rechenschaftslegung. Auf der einen Seite appellieren die Umweltabkommen an souveräne Staaten als verantwortliche Einheiten, welche das Gemeinwohl innerhalb ihres Territoriums zur Geltung bringen sollen. Auf der anderen Seite gehen die Wirtschaftsabkommen von souveränen, transnational operierenden Unternehmen aus, die keinem Territorium zugehörig und damit auch keinem Staat gegenüber verantwortlich sind. Immerhin, schon heute sind unter den 100 größten Ökonomien in der Welt nur 49 Länder, jedoch 51 Unternehmen (Anderson-Cavanagh 1997, 37).

So bleibt ganz offen, wie die widerstreitenden Botschaften, welche das Bild vom blauen Planeten mitteilt, je versöhnt werden können. Auch der transnationalen Zivilgesellschaft ist es schließlich nur punktwiese gelungen, die Unternehmen erfolgreich mit ihrer Verantwortung für die Natur und für die übergroße Mehrheit der Weltbürger zu konfrontieren. Wenn die holistische Botschaft für "Nachhaltigkeit" und die imperiale Botschaft für "wirtschaftliche Globalisierung" steht, dann muß man eher vermuten, trotz mancher Synergien auf Mikro-Ebene, daß die Kluft sich weiter vertieft.



Das Dilemma der ökologischen Steuerreform (Auszüge)⁹

Von Mohssen Massarrat¹⁰

1. Selektive versus ganzheitliche Sichtweise. Plädoyer für die Erweiterung der Ökologischen Ökonomie zur Sozialökologischen Ökonomie

. . . (S. 22)

Eine nachhaltige Klimaschutzpolitik ist wesentlich mehr als nur Ökologiepolitik, sie muß ökonomische, soziale und politische Dimensionen einschließen. Die ganzheitliche Diagnose ermöglicht die Identifizierung von Verursacher- und Betroffenengruppen des Klimaproblems auf der Anbieter- wie auf der Nachfrageseite und eröffnet die Chance, Lösungsstrategien und Einzelschritte zu entwickeln, die global aufeinander abgestimmt sind und auf verschiedene gesellschaftlichen Ebenen und in Abhängigkeit von Zeit und Raum auch auf unterschiedliche Weise Anwendungen finden zu können. Dagegen führen selektive Diagnosen zu Strategien, die zu unbeabsichtigten Nebenwirkungen führen und Krisen hervorrufen, die eine nachhaltige Klimaschutzpolitik geradezu konterkarieren. . . .

14. Direkte Mengenregulierung: Nationale Energie Marketing Agentur und Internationale Klima Agentur

14.4 Arbeit und Umwelt, Sozialstaat und Umweltstaat. Versuch eines historischen Vergleichs (Seite 259 f)

Möglicherweise sind sich die liberalen Ökologen, die jedwede staatliche Regulierung bei Umweltressourcen als planwirtschaftlich oder bürokratisch ablehnen, über ihre ahistorisch Sichtweise nicht im klaren, es sei denn sie lehnten immanent logisch gleichermaßen auch die Gewerkschaften als unnütze bürokratische Einrichtungen ab und wären bereit, diese bei der nächsten gebotenen Gelegenheit abzuschaffen. Denn die Gewerkschaften und der Sozialstaat waren die historisch adäquate Antworten auf die grenzenlose Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft im Frühkapitalismus. Der entscheidende Schritt gegen diese Willkür und für den Aufbau des Sozialstaates war die gesetzliche Einführung des Achtstundentages. Durch diese politische Rahmensetzung konnte dem Substanzverkehr menschlicher Arbeitskraft ein Riegel vorgeschoben und die physische Regenerationsfähigkeit der Arbeitskraft ermöglicht werden.

(...)

Genauso wie die Regenerationsfähigkeit der sozialen Systeme müßte auch die Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme zuallererst durch politische Rahmenbedingungen, also durch Mengenvorgaben geschützt werden. Auch die Natur braucht den Normalarbeitstag, notfalls muß auch sie durch Verbote geschützt werden. Alle ökonomischen Funktionen wie Verteilung und Nutzung der Umweltressourcen können dann, aber auch nur dann, den Märkten überlassen werden. Das Versagen der Weltenergiemärkte, der Verlust der regulativen Funktion der fossilen Energiepreise durch fehlende Elastizität auf der Anbieterseite (der OPEC), der verschwenderische Verbrauch und folglich das Klimaproblem resultieren daraus, daß für die Nutzung von erschöpfbaren Energieressourcen bisher keine internationale Rahmenbedingungen existieren. Für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik bedeutet die Rahmensetzung die völkerrechtliche verbindliche Festlegung der globalen Mengen von fossilen Energieträgern nach einem Energie- und CO²-Reduktionsplan (...), dessen Mengenvorgaben aus dem Ökosystem Erdatmosphäre (...) mit naturwissenschaftlichen Methoden entwickelt worden sind. (...)

⁹ Mohssen Massarrat; Das Dilemma der ökologischen Steuerreform - Plädoyer für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik durch Mengenregulierung und neue globale Allianzen; Marburg 2000

¹⁰ Professor für Politikwissenschaften an der Universität Osnabrück. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Weltwirtschaftsordnung, Ressourcenkämpfe, Ökologie und Friedenspolitik. Zahlreiche Veröffentlichungen

Die Summe aller dieser Gebote, Verbote und ökologisch unerläßlichen Regulierungen macht den Umweltstaat aus, den jeder Ökologe, der es mit dem Schutz der Lebensbedingungen ernst meint, genauso anstreben müßte, wie die Repräsentanten der Arbeiterbewegung den Sozialstaat entscheidend mit durchgesetzt und mit aufgebaut haben.

...

15. Plädoyer für einen klimapolitischen New Deal durch globale Mengengrenzung fossiler Energien

...

15.2 Neue globale Allianzen (Seite 273 ff.)

Wie aber sind die Realisierungschancen globaler Mengenregulierung fossiler Primärenergien einzuschätzen, handelt es sich hierbei um ein in sich logisches Konzept, dem aber jegliche Realisierungschance fehlt, und sprechen die negativen Erfahrungen der OPEC bei ihrer Verknappungsstrategie nicht eher gegen die Realisierungschancen des Modells?

(Auf den ersten Blick haben die Skeptiker tatsächlich starke Argumente auf ihrer Seite, sie übersehen aber, daß die OPEC nicht nur an ihren eigenen Widersprüchen gescheitert ist. Die Hauptverantwortung für dieses Scheitern der OPEC nach einer kurzen Erfolgsperiode zwischen 1974 bis 1984 ist bei näherem Hinsehen jedoch, (...), der neoliberalen Strategie der strukturellen Energieüberproduktion anzulasten, die ideologisch zwar im Marktgewand, praktisch jedoch quasi planwirtschaftlich jedwede globale Umwelt- und Klimastrategie zu Fall bringt und den Ausbau regenerativen Energien verhindert. Um überhaupt eine wie auch immer geartete Klimaschutzpolitik betreiben zu können, müßte die regulierte Energieproduktion zu allererst gestoppt und der neoliberalen Planwirtschaft der marktideologische Schleier entrissen werden.

Dazu bedürfte es durchaus nicht einer Weltrevolution, sondern eines konsequenten Eintretens für die Senkung des Zinsniveaus auf den internationalen Finanzmärkten und den Abbau aller Subventionen, die gegenwärtig dem Ausbau fossiler und nuklearer Energieproduktion zufließen. Diese zwei Sofortmaßnahmen reichen zunächst aus, um die Überproduktion fossiler Primärenergie rasch und effizient abzubauen. Dieser Schritt sollte allerdings mit einer offensiven Aufklärung über die neoliberal verkleidete Planwirtschaft der Energieüberproduktion einhergehen. Gelänge es trotz der zu erwartenden heftigen Gegenreaktion auf diesem Wege eine umwelt- und klimapolitische Offensive zu entfalten und gleichzeitig für deren politische Umsetzung international tragfähige Allianzen zu bilden, so wären die Weichen für die Umkehrung der planwirtschaftlichen Überproduktion in international regulierter Verknappung von klima- und umweltschädlichen Primärenergien gestellt.

Und tragfähige Allianzen für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Klimaschutzpolitik müßten nicht erfunden, sondern identifiziert und geschmiedet werden. Das gegenwärtig faktische Antiklimabündnis von USA und OPEC ist künstlich und wird mittel- und langfristig keinen Bestand haben. Nur die bevölkerungsarmen, aber ölfreuen Staaten Saudi-Arabien, Kuwait und Arabische Emirate haben (...) ein grundsätzliches Interesse an der beschleunigten Ausbeute ihrer Ölreichtümer und an einem Bündnis mit allen internationalen Kräften, die an den bestehenden Energieverbrauchsstrukturen und Technologien festhalten wollen. Die bevölkerungsreichen und ölfreuen Staaten der OPEC sowie auch diejenigen Länder mit ähnlichen Bedingungen, die der OPEC nicht angehören, haben das genuine Interesse an einer Streckung ihrer knappen Ressourcen bei gleichzeitiger Optimierung ihrer Einnahmen. Eine Strategie der schrittweisen Reduktion des weltweiten Angebots fossiler Energien im nächsten Jahrhundert kommt beiden Zielen und genuinen Interessen, dieser Staaten eingeschränkt entgegen, sie ist so gesehen eine klassische win-win Strategie. Endlich erhielten diese Staaten eine langfristig kalkulierbare Einnahmeentwicklung und Planungssicherheit, die ihnen gegenwärtig fehlt und sie angesichts von Überproduktion und Preisschwankungen von der einen in die



nächste Finanzkrise stürzt. Kurz – und mittelfristig könnten diese Staaten ihre Öleinnahmen trotz sinkender Produktionsmenge erhöhen bzw. stabilisieren, gewännen sie gleichwohl hinreichend Zeit, um ihre ölbasierten Ökonomien in den nächsten Jahrzehnten auf ein vom Öl unabhängige und langfristig nachhaltige Grundlage zu stellen.

Wenn die bevölkerungsreichen und ölarmen Staaten sich bisher klimapolitischen Zielen gegenüber ambivalent gezeigt haben bzw. durch das Antiklimabündnis Saudi-Arabien- USA bei den Klimaverhandlungen gegen Reduktionspflichten instrumentalisiert wurden, so lag dies daran, daß eine klimapolitische Bündnisalternative bisher gefehlt hat, die es nunmehr aufzubauen gilt. Das Konzept des globalen Lastenausgleichs dürfte die Basis für eine neue und tragfähige Allianz für den Klimaschutz beträchtlich erweitern. Die europäischen Staaten müßten sich dann entscheiden, ob sie diese Allianz mit aufbauen und an einer tragfähigen Wende der Energiepolitik gestalterisch mitwirken wollen oder aber sich offen dem Klimabündnis von USA und Saudi-Arabien anschließen anstatt sich- wie es gegenwärtig oft der Fall war- dahinter zu verstecken.

Der hier skizzierte Weg dürfte insofern eine über den Klimaschutz hinausgehende Perspektive der Nachhaltigkeit eröffnen, weil er zeigt, daß es durchaus möglich ist, ein Gegeneinander von ökonomischen und ökologischen Zielen politisch in ein Miteinander dieser Ziele in der Einen Welt zu verwandeln.

Was ist Globalisierung? (Auszug)¹¹

Von Walden Bello¹²

...

Wir sprechen nicht davon sich von der internationalen Wirtschaft zurückzuziehen.

Wir sprechen von einer Umorientierung unseres Wirtschaftens, von der Verlagerung des Schwerpunktes einer exportorientierten Produktion hin zu einer binnenmarktorientierten Produktion;

- von der eigenständigen Gewinnung und Nutzung des größten Teils unserer finanziellen Ressourcen für Entwicklung, statt von der Abhängigkeit von Fremdinvestitionen und ausländischen Geldmärkten;
- von der Durchsetzung der langfristig auf geschobenen Maßnahmen der Umverteilung von Einkommen und Boden, um einen dynamischen Binnenmarkt zu schaffen, welcher der Anker der Wirtschaft wäre;
- von geringerer Betonung des Wachstums zugunsten einer Maximierung der Gerechtigkeit, um das wirtschaftliche Ungleichgewicht radikal zu reduzieren;
- davon, strategische wirtschaftliche Entscheidungen nicht dem Markt zu überlassen, sondern sie zum Gegenstand demokratischer Wahlen zu machen
- darüber, den privaten Sektor und den Staat einer konstanten Kontrolle durch die Zivilbevölkerung zu unterziehen;
- von der Schaffung eines neuen Produktions-, und- Verteilungssystems, welches Kooperativen, private und staatliche Unternehmen mit einschließt und multinationale Gesellschaften ausschließt;
- von der Aufrechterhaltung des Subsidiaritätsprinzips im wirtschaftlichen Leben durch die Ermütigung, Güter in den Gemeinschaften und im nationalen Rahmen zu produzieren, sofern dies zu günstigen Kosten geschehen kann, damit die Gemeinschaften erhalten bleiben;

Darüber hinaus sprechen wir über eine Strategie, die bewusst die Logik des Marktes und das Streben nach Kosteneffizienz den Werten der Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft unterordnet. Wir sprechen, um die Worte des großen sozialdemokratischen Gelehrten Karl Polanyi zu verwenden, über die Wiedereinbindung der Wirtschaft in die Gesellschaft, anstatt darüber, wie die Wirtschaft Gesellschaft regieren kann.

Pluralistische globale Machtstruktur

Deglobalisierung oder die Wiederbelebung der lokalen und nationalen Märkte kann trotz allem nur Erfolg haben, wenn sie in einem alternativen System der globalen wirtschaftlichen Macht stattfindet. Welches sind die Grundzüge einer solchen weltweiten Ordnung?

Die Antwort liegt in unserer Kritik des Bretton- Wood und WTO Systems als ein gigantisches System allgemeingültiger Regeln, eingerichtet von stark zentralisierten Institutionen, zugunsten der Interessen von Kapitalgesellschaften, insbesondere US-amerikanischer Kapitalgesellschaften. Der Versuch, dieses durch ein anderes globales System von Regeln und Institutionen, welches auf anderen Prinzipien

¹¹ Walden Bello; Multilaterale Organisationen und die Architektur globaler Macht. Vorschlag eines pluralistischen Systems der globalen wirtschaftlichen Macht; Übersetzerin: Dunja Schumacher; Sand im Getriebe 7/2002 (8.4.2002)

¹² Geschäftsführender Direktor von Focus on the Global South, einem Programm für Forschung und Analyse des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Universität Chulalongkon (CUSRI, Chulalongkon University Social Research Institute) in Bangkok, Thailand; des weiteren Professor für Soziologie und öffentliche Administration an der philippinischen Universität.

aufgebaut ist, zu verdrängen, kann in dieselbe Falle führen, in die schon andere Organisationen wie IBM, IWF und die Sowjetunion gegangen sind: Das Unvermögen, die Vielfalt zu tolerieren und von ihr zu profitieren. Zufällig sind die Ideen, die Notwendigkeit ein zentrales Systems weltweiter Regeln nicht in Frage zu stellen, und die, dass wir vor der Herausforderung stehen, die neoliberalen Regeln durch sozialdemokratische zu ersetzen, Überbleibsel einer techno-optimistischen Variante des Marxismus, die sowohl die sozialdemokratische als auch die leninistische Weltanschauung beeinflussen, und beide, wie die indische Autorin Arundathi Roy es ausdrücken würde, zu einer Vorliebe für „Gigantomanie“ führen.

Was wir heutzutage brauchen ist nicht eine weitere zentralisierte globale Institution, sondern die De-konzentration und Dezentralisierung der institutionalisierten Macht und statt dessen die Errichtung eines pluralistischen Systems von miteinander agierenden Institutionen und Organisationen, geleitet von weitreichenden und flexiblen Abkommen und Vereinbarungen.

Wir sprechen hier nicht über etwas komplett Neues. Es war schließlich ein solches pluralistischen System globaler wirtschaftlicher Macht zwischen 1950 und 1970, als die Hegemonialmacht noch nicht unter vereinnahmenden und mächtigen multilateralen Organisationen und Institutionen aufgeteilt war, in welchem einige lateinamerikanische und asiatische Länder fähig waren, einen gewissen industriellen Fortschritt zu erreichen. Es war ebenfalls ein solches pluralistisches System, mit einem allgemeinen Handels- und Zollabkommen (GATT), welches in seiner Macht begrenzt war, und somit flexibel eher der besonderen Situation der Entwicklungsländer entsprechen konnte, so dass die östlichen und südöstlichen asiatischen Länder in der Lage waren, durch aktiven staatlichen Handel und industrielle Strategien, welche sich signifikant von den auf dem freien Markt basierenden der WTO unterschieden, zu Industrienationen zu werden.

Natürlich waren weder die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, welche vorrangig einen Versuch darstellten, zu Beginn der 80er Jahre einen weltweiten freien Markt aufzubauen, ideal, noch die daraus resultierenden Wirtschaftssysteme der Dritten Welt. Es fehlte der Bezug zu den Notwendigkeiten, die in den jüngsten Ansätzen der feministischen, ökologischen Bewegung und in der späten Wirtschaftslehre der Entwicklungsländer beleuchtet werden. Wir möchten lediglich herausstellen, dass die Situation vor 1994 die Tatsache unterstreicht, dass die Alternative zu einem wirtschaftlichen, um die Einheit von Weltbank, IWF, und WTO aufgebauten Pax Romana nicht die Errichtung des Hobbes'schen Naturzustandes sein kann.

Wir möchten lediglich betonen, dass die Wirklichkeit der internationalen Beziehungen in einer Welt, gekennzeichnet von einer Vielfalt internationaler und regionaler Institutionen, die einander kontrollieren, weit von dem propagierten Bild einer „gemeinen“ und „rohen“ Welt abweicht. Natürlich ist die Drohung einer unilateralen Aktion der Mächtigen in so einem System immer präsent, aber es ist eine, vor der selbst die Mächtigsten zurückschrecken, sowohl aus Angst vor Konsequenzen, die ihre Legitimation betreffen, als auch aus Angst, den Zusammenschluss von gegnerischen Koalitionen zu provozieren.

In anderen Worten, die Entwicklungsländer und die internationale Zivilgesellschaft sollten nicht darauf abzielen, die von multinationalen Gesellschaften geführten WTO und Bretton-Woods Institutionen zu reformieren, sondern, durch eine Kombination von aktiven und passiven Maßnahmen diese a) zu entmachten b) zu neutralisieren (z.B. den IWF in eine reine Forschungseinrichtung umzuwandeln, die die Wechselkurse von weltweiten Kapitalströmen überwacht); oder c) radikal ihre Macht zu reduzieren und sie zu einem einfachen Mitspielern zu machen, welche neben anderen internationalen Organisationen, Vereinbarungen und regionalen Zusammenschlüssen existieren und auch von diesen kontrolliert werden. Diese Strategie würde gleichzeitig andere Institutionen wie UNCTAD, multilateraler Umweltabkommen, oder der internationalen Arbeiterorganisation stärken, und ökonomische Blöcke wie



MERCOSUR in Südamerika, SAARC in Südasien, SADDG in Südafrika, sowie einen wiederbelebten ASEAN in Südostasien fördern. Einer der Schlüsselaspekte dieser „Stärkung“ ist natürlich die Garantie, dass diese Zusammenschlüsse sich so entwickeln, dass sie auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet sind und keine regionalen Eliteprojekte bleiben.

Vor allem würde dies jedoch die Bildung neuer internationaler und regionaler Institutionen fördern, welche der Errichtung und dem Schutz des Raumes gewidmet sind, in dem einen größeren Teils der Produktion, des Handels, und der ökonomischen Entscheidungsfindung auf die nationale und regionale Ebene übertragen werden. Die Hauptaufgabe von internationalen Organisationen in einer Welt, in der die Toleranz von Vielfalt ein zentrales Prinzip der wirtschaftlichen Organisation ist, besteht darin, wie der britische Philosoph John Gray formuliert, „lokale und nationale Kulturen durch das Darstellen und Schützen ihrer unverwechselbaren, charakteristischen Praktiken zu hervorzuheben und zu schützen.“¹³

Mehr Freiraum, mehr Flexibilität, mehr Kompromisse – das sollten die Ziele der Agenda des Südens und der internationalen Zivilgesellschaft sein, nach denen ein neues weltumspannendes Wirtschaftssystem aufgebaut wird. Es wird eine stärker sich verändernde, weniger hierarchische, mehr pluralistische Welt sein, mit vielfältigen Kontrollmechanismen, in der die Nationen und Gemeinschaften des Südens – und des Nordens - , den Raum schaffen können, in dem sie sich ihren Werten, ihrem Rhythmus und den Strategien ihrer Wahl entsprechend entwickeln.

. . .

¹³ John Gray, *Enlightenment's Wake* (London, Routledge, 1995, S. 181)



Zehn Prinzipien für demokratische und nachhaltige Gesellschaften

Aus: Alternatives to Economic Globalization - A Better World is Possible¹⁴

The International Forum on Globalization (IFG)¹⁵

...

Die gegenwärtigen Organisationsprinzipien der Institutionen, die die Weltwirtschaft beherrschen, sind eng begrenzt und dienen den Wenigen auf Kosten der Vielen und der Umwelt. Es liegt jedoch in unserem gemeinschaftlichen Vermögen, gesunde und nachhaltige Gesellschaften zu schaffen, die für alle da sind. Die Zeit ist gekommen, diese Möglichkeit zu verwirklichen. Nachhaltige Gesellschaften sind in bestimmten Hauptprinzipien verwurzelt. Die folgenden zehn Hauptprinzipien sind in unterschiedlichen Variationen innerhalb zivilgesellschaftlicher Programme, wie sie überall auf der Welt hervorgebracht werden, vorgeschlagen worden.

A. Neue Demokratie Die Parole, unter der sich Ende 1999 in Seattle die Zivilgesellschaft in ihrer erstaunlichen Vielfalt selbst gefunden hat, war das einfache Wort „Demokratie“. Die Demokratie blüht, wenn Menschen sich organisieren, um ihre Gemeinschaften und ihre Rechte zu schützen und um ihre gewählten Vertreter zur Rechenschaft zu ziehen. In den letzten zwei Jahrzehnten haben globale Konzerne und globale Bürokratien viel von der Macht an sich gerissen, die vorher Regierungen inne hatten. Wir befürworten einen Wechsel von Regierungen, die den Unternehmen dienen, hin zu Regierungen, die den Menschen und Gemeinschaften dienen, einen Prozess, der sich leichter auf der lokalen Ebene vollziehen lässt, der aber auf allen Regierungsebenen von entscheidender Bedeutung ist.

B. Subsidiarität Das erste und hervortretendste Merkmal der ökonomischen Globalisierung besteht darin, dass sie zu einer Delokalisierung und Entmachtung sowohl der Kommunen und der lokalen Wirtschaft führt. Deshalb ist es notwendig, die Grundrichtung umzukehren und neue Regeln und Strukturen zu schaffen, die bewusst das Lokale fördern und die dem Prinzip der Subsidiarität folgen. D.h., immer dann, wenn auf der lokalen Ebene Entscheidungen getroffen und Handlungen ausgeführt werden können, sollte das auch dort geschehen. Jede Vollmacht, die sich auf der lokalen Ebene befinden kann, sollte sich dort auch befinden. Nur wenn zusätzlicher Handlungsbedarf besteht, der lokal nicht befriedigt werden kann, sollten Vollmacht und Handlung zur nächst höheren Ebene verlagert werden: der Region, der Nation und schließlich der Welt.

C. Ökologische Nachhaltigkeit Wirtschaftliche Tätigkeit muss ökologisch nachhaltig sein. Sie sollte uns in die Lage versetzen, in der Gegenwart die echten Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, die ihren zu befriedigen, und ohne die natürliche Vielfalt des irdischen Lebens zu verringern oder die Lebensfähigkeit des natürlichen Lebenserhaltungssystems des Planeten zu mindern.

D. Gemeinschaftliches Erbe Es gibt ein gemeinschaftliches Erbe an "Ressourcen", das ein gerecht zwischen allen zu teilendes kollektives Erstgeburtsrecht der ganzen menschlichen Gattung begründen sollte. Wir stellen fest, dass es drei Kategorien solcher Ressourcen gibt. Die erste besteht in dem gemeinsamen Naturerbe an Wasser, Land, Luft, Wäldern und Fischgründen, von denen unser Leben abhängt. Diese physischen Ressourcen stehen in begrenztem Umfang zur Verfügung, sind lebens-

¹⁴ Alternatives to Economic Globalization [A Better World is Possible]; The International Forum on Globalization (IFG); Berret-Koehler Publishers 2002; deutsche Zusammenfassung, Eine bessere Welt ist möglich, Übersetzung von Ulrich Morgenthaler
Download: www.dreigliederung.de/download/ifgbericht.pdf

¹⁵ Komitee der VerfasserInnen: John Cavanagh, Vorsitzender, Sarah Anderson, Debi Barker, Maude Barlow, Walden Bello, Robin Broad, Tony Clarke, Randy Hayes, Colin Hines, Martin Khor, David Korten, Jerry Mander, Helena Norberg-Hodge, Sara Larrain, Simon Retallack, Vandana Shiva, Victoria Tauli-Corpus, Lori Wallach

notwendig und waren schon lange vor dem Menschen da. Eine zweite Kategorie umfasst das Erbe an Kultur und Wissen, das eine kollektive Schöpfung unserer Spezies darstellt. Schließlich bilden die grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen in Bezug auf Gesundheit, Erziehung, öffentliche Sicherheit und soziale Absicherung die Ressourcen eines „modernen“ gemeinschaftlichen Erbes, das die kollektiven Anstrengungen ganzer Gesellschaften verkörpert. Sie sind genauso unverzichtbar für das Leben in modernen Gesellschaften wie Luft und Wasser. Die Gerechtigkeit fordert daher, dass sie für alle, die sie benötigen, ohne weiteres verfügbar sind. Jeder Versuch von Einzelnen oder von Unternehmen, unter Ausschaltung der Bedürfnisse anderer die Kontrolle der Eigentumsrechte an einer der zentralen Ressourcen gemeinschaftlichen Erbes zu ausschließlich privatem Vorteil zu monopolisieren, ist moralisch skrupellos und politisch unannehmbar.

E. Menschenrechte 1948 kamen Regierungen aus der ganzen Welt zusammen, um die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen zu unterzeichnen. Sie hat bestimmte Grundrechte festgelegt, wie "einen Lebensstandard, der ...Gesundheit und Wohl... gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung und ärztlicher Versorgung und notwendiger sozialer Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit." Traditionell haben sich die meisten Menschenrechtsdiskussionen in den USA und anderen reichen Nationen vorrangig auf die bürgerlichen und die politischen Rechte konzentriert. Wir sind der Überzeugung, dass es die Aufgabe der Regierungen ist, diese Rechte zu gewährleisten, aber genauso auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Menschen.

F. Arbeitsplätze/Lebensunterhalt/Beschäftigung Der Lebensunterhalt ist ein Mittel zur Sicherung der Existenz. Das Recht auf Mittel zum Lebensunterhalt ist daher das grundlegendste aller Menschenrechte. Nachhaltige Gesellschaften müssen sowohl die Rechte der Arbeiter im formellen Erwerbsarbeitssektor schützen, als auch auf die Fragen des Lebensunterhaltes des größeren Anteils der Menschen eingehen, die ihren Unterhalt in dem Sektor bestreiten müssen, der auch als der nicht-materiell eingestellte oder als der „informelle“ bezeichnet wird (und der die mittelständischen, heimischen und handwerklichen Aktivitäten einschließt). Das Gleiche gilt für den Lebensunterhalt all derer, die keine Arbeit haben oder weitgehend unterbeschäftigt sind. Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich für die Wahrung der Grundrechte und die Durchsetzung gerechter Löhne zu organisieren, ist unerlässlich, um die Willkür von Unternehmen zu zügeln, von denen Arbeiter in einem Rennen, bei dem es nur Verlierer geben kann, bis zum letzten gegeneinander aufgebracht werden. Und die Umkehrung einer Globalisierungspolitik, die die Kleinbauern von ihrem Land und die Fischer von ihren an den Küsten gelegenen Ökosystemen verdrängt, ist wesentlich für das Ziel einer Welt, in der alle in Würde leben und arbeiten können.

G. Ernährungssicherung und Nahrungssicherheit Gemeinschaften und Völker sind dann stabil und gesichert, wenn die Menschen genug zu essen haben, insbesondere, wenn Länder ihre eigene Nahrung selbst produzieren können. Aber die Menschen wollen auch unbedenkliche Nahrung, ein Grundergebnis, das zunehmend seltener wird in einer Zeit, in der globale Agrokonzerne die ganze Welt mit einer chemie- und gentechnikintensiven Landwirtschaft überziehen.

H. Gerechtigkeit Die ökonomische Globalisierung hat nach ihren derzeitigen Regeln die Kluft zwischen reichen und armen Ländern – und in den meisten Ländern die Kluft zwischen Reichen und Armen – vertieft. Die dadurch bedingten sozialen Verwerfungen und Spannungen gehören auf der ganzen Welt zu den größten Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit. Mehr Gerechtigkeit sowohl zwischen als auch innerhalb der Nationen würde sowohl die Demokratie als auch nachhaltige Gemeinschaften stärken. Die Verringerung der wachsenden Kluft zwischen reichen und armen Ländern erfordert zuerst und allermeist den Erlass der unrechtmäßigen Schulden armer Länder. Und sie erfordert die Ersetzung der gegenwärtigen Institutionen der Global Governance durch neue, die globale Fairness zu ihren Arbeitsgrundsätzen zählen.



I. Vielfalt Noch vor einigen Jahrzehnten war es möglich, Haus und Heimat zu verlassen und irgendwo anders hin zu gehen, wo die Architektur anders war, die Landschaft anders war, wo die Sprache, der Lebensstil, das Essen, die Kleidung, und die Werte anders waren. Heute protestieren Bauern und Filmemacher in Frankreich und Italien, indigene Gemeinschaften auf der ganzen Welt und Millionen von Menschen überall für den Erhalt dieser Vielfalt. Zehntausende von Gemeinden weltweit haben funktionierende Systeme für lokales Ressourcenmanagement entwickelt. Aber jetzt werden sie von der konzerngesteuerten Globalisierung unterlaufen. Kulturelle, biologische, soziale und ökonomische Vielfalt sind für ein existenzfähiges, menschenwürdiges und gesundes Dasein wesentlich.

J. Prinzip der Vorbeugung Alles Handeln sollte sich an das Vorbeugeprinzip halten. Wenn ein Verfahren oder ein Produkt eine möglicherweise ernste Gefahr einer Schädigung menschlicher Gesundheit oder der Umwelt darstellt, sollten vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden, um diese Gefahr einzuschränken oder zu bannen. Und dies selbst dann, wenn wissenschaftlich keine Klarheit über Ausmaß und Wirkungsweise der Gefährdung besteht. Da es Jahre dauern kann, bis der wissenschaftlicher Nachweis einer Schädigung restlos erbracht worden ist – eine Zeit, in der weiterhin unerwünschte oder nicht rückgängig zu machende Auswirkungen eintreten können –, sollten vor der Einführung eines Verfahrens oder Produktes dessen Befürworter selbst die Beweislast für seine Sicherheit tragen.